

März 2026

issue brief

Auslandsbüro USA, Washington D.C.



Supreme Court vs. Trump

Das Zollurteil und seine globalen Folgen

Andreas Hellmann

Im Februar verkündete der Supreme Court der USA das langerwartete Urteil zur Zollpolitik von Präsident Trump. Im Verfahren „Learning Resources, Inc v. Donald J. Trump“ entschied das Gericht, dass die umfassenden Zölle, die Präsident Trump unter Berufung auf den International Emergency Economic Powers Act (IEEPA) verhängt hatte, seine Befugnisse übersteigen. Dieses Urteil hebt alle auf dem IEEPA basierenden Zölle auf und halbiert damit nahezu den durchschnittlichen effektiven Zollsatz für US-Verbraucher – von 16,9 auf 9,1 Prozent.

Executive Summary

Das Urteil des Supreme Courts stellt die bedeutsamste juristische Niederlage der Trump-Administration seit Beginn seiner zweiten Amtszeit dar. Bemerkenswert ist, dass der Supreme Court die Frage von Rückerstattungen an betroffene Importeure bewusst offenließ und sie an das US Court of International Trade zurückverwies. Der Präsident hat unmittelbar reagiert und zunächst einen vorübergehenden Zoll von 10 Prozent gemäß Section 122 des Trade Act von 1974 verhängt – den er nur einen Tag darauf auf 15 Prozent an hob – und gleichzeitig angekündigt, alternative Gesetzgrundlagen wie die Sections 301, 232 und 201 des Trade Act zu nutzen, um die IEEPA-Zölle im Wesentlichen wiederherzustellen oder zu erweitern.

Die erwarteten wirtschaftlichen Folgen des Urteils sind erheblich: Die negativen Auswirkungen der Zölle auf reales BIP, Beschäftigung und Verbraucherpreise werden voraussichtlich mehr als halbiert. Der langfristige reale BIP-Verlust sinkt von 0,3 auf 0,1 Prozent, und der Einfluss der Zölle auf die Arbeitslosenquote reduziert sich von 0,6 auf 0,3 Prozent. Hinzu käme ein weiterer positiver Impuls, sollten Rückerstattungen vollständig an die betroffenen Importeure ausgezahlt werden.

Politisch sind die Folgen weitreichend: Umfragedaten zeigen, dass über 60 Prozent der Amerikaner Zölle und Handelspolitik der Trump Administration ablehnen – darunter 75 Prozent der sogenannten Swing-Voter, die gerade in engen Kongressrennen entscheidend sind. Trumps Gesamtzustimmungsrate ist auf rund 36 Prozent gesunken, sein Wert bei unabhängigen Wählern auf ein Rekordtief von 25–26 Prozent. Die Zwischenwahlen 2026 drohen für die Republikanische Partei zum Referendum über Zölle und Lebenshaltungskosten zu werden. Zukünftige Preissteigerungen z.B. durch den steigenden Ölpreis aufgrund des militärischen Engagements im Iran sind in diesen Umfragewerten noch nicht eingepreist.

International haben die Zölle bereits erhebliche Spannungen mit EU-Partnern und eine Stärkung der geostrategischen Position Chinas und Indiens ausgelöst. Eine Wiedereinführung der IEEPA-Zölle über alternative Rechtsgrundlagen würde diese Trends weiter verschärfen, transatlantische Handelsabkommen in Frage stellen und weltweite Partner näher an alternative Partner heranrücken lassen.

Das Urteil des Supreme Court

Hintergrund und Vorgeschichte

Seit Beginn seiner zweiten Amtszeit im Januar 2025 hatte Präsident Trump den International Emergency Economic Powers Act (IEEPA) genutzt, um weitreichende Zölle auf nahezu alle US-Handelspartner zu verhängen. Das Gesetz aus dem Jahr 1977 erlaubt dem Präsidenten, im Falle einer nationalen Notlage den Import- und Exporthandel zu „regulieren“. Die Regierung Trump nutzte diese Klausel, um zwei große Zollkategorien einzuführen: erstens die sogenannten „Trafficking Tariffs“ auf Importe aus Kanada, Mexiko und China – mit dem Argument, die betreffenden Länder täten zu wenig zur Eindämmung des Fentanyl-Schmuggels – und zweitens die „reziproken Zölle“ auf Importe aus nahezu allen Ländern weltweit, die Trump mit dem angeblich bedrohlichen Handelsdefizit der USA begründete.

Am „Liberation Day“ (2. April 2025) verhängte Trump Zölle von mindestens 10 Prozent auf alle Importe, mit deutlich höheren Sätzen für viele Länder: China wurde mit bis zu 145 Prozent belegt, Indien und Brasilien mit bis zu 50 Prozent. Diese Maßnahmen stellten die größte Steuererhöhung als Anteil am BIP seit mehr als 30 Jahren dar und belasteten den durchschnittlichen US-Haushalt im Jahr 2025 mit rund 1.700 Dollar – mit weiteren Steigerungen in 2026 ist zu rechnen.¹

Mehrere Klagen kleiner Unternehmen und von Bundesstaaten geführter Koalitionen wurden eingereicht. Am 28. Mai 2025 erklärte das US Court of International Trade die IEEPA-Zölle einstimmig für rechtswidrig. Das Berufungsgericht des Federal Circuit bestätigte dieses Urteil am 29. August 2025. Der Supreme Court nahm das Verfahren in beschleunigter Form an, hörte mündliche Argumente am 5. November 2025 und fällte am 20. Februar 2026 sein endgültiges Urteil.

Das Urteil: Begründung der Mehrheit

Im Fall *Learning Resources, Inc. v. Donald J. Trump* entschied der Supreme Court (SCOTUS) mit 6 zu 3 Stimmen zugunsten der Kläger. Bei diesen handelte es sich um zwei familiengeführte Spielzeughersteller, deren Unternehmen durch die Zölle negativ beeinträchtigt wurden. Die Mehrheitsmeinung wurde von Chief Justice John Roberts verfasst und von allen drei liberalen Richtern (Jackson, Kagan, Sotomayor) sowie zwei konservativen Richtern (Coney-Barrett und Gorsuch) unterstützt. Die Richter Thomas, Kavanaugh und Alito lehnten die Mehrheitsmeinung ab.

Der zentrale Befund ist eindeutig: Der IEEPA ermächtigt den Präsidenten nicht zur Erhebung von Zöllen. Roberts stimmte den Klägern zu, dass die gesetzliche Sprache des IEEPA die Zölle der Regierung nicht stütze, und schrieb: „Basierend auf zwei Wörtern, die im IEEPA durch 16 andere getrennt sind – ‚regulate‘ und ‚importation‘ – beansprucht der Präsident die unabhängige Befugnis, Zölle auf Importe aus jedem Land, auf jedes Produkt, in jeder Höhe und für jede Dauer zu erheben. Diese Worte können eine solche Bedeutung nicht tragen.“ Roberts betonte ferner, dass der IEEPA keinen Bezug auf Zölle oder Abgaben enthalte und dass kein Präsident in den fast 50 Jahren Existenz des Gesetzes es je zur Erhebung von Zöllen genutzt habe – bis Trump dies in seiner zweiten Amtszeit tat.

Verfassungsrechtlich stützte sich Roberts auf Artikel I, Abschnitt 8 der US-Verfassung, der die Kompetenz zur Steuererhebung – darunter Zölle und Abgaben – explizit dem Kongress zuweist. Zölle sind Steuern und dieses „Königsrecht“ liegt ausdrücklich bei dem Parlament. Die Entscheidung bekräftigt damit, dass der Kongress allein über das Haushaltsrecht verfügt und bei der Delegation dieser Befugnisse an die Exekutive ausdrücklich gesetzgeberisch

¹ https://www.jec.senate.gov/public/_cache/files/7cc03e65-d40a-465f-9e88-09dd53d3502f/jec-fact-sheet-on-cost-of-tariffs-for-families-update.pdf

handeln muss. Der Trade Act von 1974 dient als klarer Rahmen für die Delegation von Handelsbefugnissen an den Präsidenten.

Die Major Questions Doctrine

Ein besonders bedeutsamer Teil der Stellungnahme von Roberts, der sich auch die Richter Gorsuch und Coney-Barrett anschlossen, konzentrierte sich auf die sogenannte „Major Questions Doctrine“. Diese besagt, dass jede Delegation von Befugnissen durch den Kongress, die Entscheidungen von enormer wirtschaftlicher Bedeutung betrifft, klar und ausdrücklich formuliert sein muss. Die Doktrin wurde zuletzt vom Supreme Court angewendet, um den Plan der Biden-Administration zur Erlassung von Studienkrediten aufzuheben.

Roberts argumentierte, dass Trump selbst Zölle als ein Thema von überragender wirtschaftlicher Bedeutung identifiziert habe, indem er sie als entscheidenden Faktor dafür darstellte, ob die Vereinigten Staaten „eine reiche Nation oder eine arme Nation“ seien. Da die gesetzliche Sprache des IEEPA in Bezug auf Zölle nicht nur mehrdeutig, sondern schlicht nicht vorhanden ist, kann das Gesetz die Anforderungen der Major Questions Doctrine nicht erfüllen. Die drei liberalen Richter stimmten dem Ergebnis zu, lehnten jedoch die Anwendung der Doktrin ab – aus ihrer Sicht ist der Text des IEEPA einfach nicht so auszulegen, dass er Zölle umfasst. Wenn die Exekutive den IEEPA künftig als Grundlage für Zölle nutzen möchte, müsse der Kongress den Gesetzestext ausdrücklich um Zollbefugnisse ergänzen.

Das abweichende Votum

Richter Kavanaugh wies in seiner abweichenden Mindermeinung darauf hin, dass das Urteil zukünftige präsidentielle Handelsbefugnisse nicht grundlegend einschränken werde – aber für die Regierung „ein Chaos“ verursache, insbesondere durch die mögliche Verpflichtung, hunderte Milliarden Dollar an Importeure zurückzuerstatten. Er betonte zudem, dass die IEEPA-Zölle zur Aushandlung von Handelsabkommen im Wert von Billionen Dollar beigetragen hätten und ihre Rückabwicklung weitreichende geopolitische Konsequenzen haben würde.

Unmittelbare Reaktion der Regierung

Noch am Tag des Urteils hielt Präsident Trump eine Pressekonferenz ab, griff das Urteil und das oberste Gericht scharf an und bezeichnete die Richter Roberts und Gorsuch als „gesetzlos“. Zugleich unterzeichnete er eine Executive Order, die alle IEEPA-Zölle aufhob, und kündigte umgehend neue Zölle unter Section 122 an – zunächst 10, dann 15 Prozent. Die US-Zollbehörde (CBP) stellte die Erhebung von IEEPA-Zöllen ab dem 24. Februar 2026 ein. Finanzminister Scott Bessent erklärte, die Kombination aus Section 122-, Section 232- und Section 301-Zöllen werde im Jahr 2026 zu „nahezu unveränderten Zolleinnahmen“ führen – ein klares Signal, dass die Regierung beabsichtigt, ihre Handelspolitik über alternative Rechtsgrundlagen weiterzuführen.

Potenzielle Alternativen der Exekutive

Da die Trump-Administration angekündigt hat, die „verlorenen“ Zölle durch andere gesetzliche Instrumente zu ersetzen, ist es wichtig zu analysieren, welche möglichen Wege die Regierung einschlagen kann und wie diese Maßnahmen gerechtfertigt werden könnten, falls sie erneut rechtlich angefochten werden. Die unmittelbare Brückenlösung ist Section 122; die drei wahrscheinlichsten langfristigen Alternativen sind Sections 301, 232 und 201 des Trade Act von 1974. Ergänzend dazu kommt Section 338 des Tariff Act von 1930 als neues, noch ungetestetes Instrument in Betracht.

Section 122 des Trade Act von 1974 – Die Brückenlösung

Rechtliche Grundlage und Anwendung

Section 122 ermächtigt den Präsidenten, Zölle von bis zu 15 Prozent zu verhängen, um auf schwerwiegende internationale Zahlungsbilanzprobleme oder eine drohende erhebliche Dollarabwertung zu reagieren. Die Zölle dürfen maximal 150 Tage in Kraft bleiben, bevor der Kongress eine Verlängerung genehmigen muss. Trump hat diese Grundlage unmittelbar nach dem Urteil genutzt und einen globalen Zoll von zunächst 10, dann 15 Prozent eingeführt, der am 24. Februar 2026 in Kraft trat.

Vorteile

Section 122 ermöglicht schnelles Handeln ohne langwierige und bürokratische Voruntersuchung und kann global angewendet werden. Die 150-Tage-Frist schafft politischen Spielraum für Verhandlungen und die Vorbereitung dauerhafterer Instrumente wie Section 301 und 232.

Nachteile und rechtliche Risiken

Das Instrument ist zeitlich stark begrenzt und auf 15 Prozent gedeckelt. Es bestehen erhebliche Zweifel an der rechtlichen Grundlage: Das Gesetz stammt aus der Zeit des festen Wechselkurssystems nach Bretton Woods, der Kongress reagierte damit auf Probleme in der Endphase dieses Systems. Im heutigen System flexibler Wechselkurse sind die in Section 122 genannten Voraussetzungen – eine fundamentale Zahlungsbilanzkrise oder eine drohende Dollarabwertung – nach Einschätzung zahlreicher Ökonomen auf die aktuelle Wirtschaftslage der USA schlicht nicht anwendbar. Demokraten im Senat haben bereits erklärt, jede Verlängerung nach den 150 Tagen zu blockieren. Darüber hinaus drohen weitere Klagen, da die Rechtsgrundlage als noch schwächer als der IEEPA gilt.

Section 301 des Trade Act von 1974

Rechtliche Grundlage und Anwendung

Section 301 ermächtigt den US Trade Representative (USTR) auf Anweisung des Präsidenten, ausländische Handelspraktiken, Policies, Steuern und Regulierungen zu untersuchen, die unangemessen diskriminieren oder internationale Handelsabkommen verletzen, um dann mit Zöllen oder Importbeschränkungen zu antworten. Zu den Auslösern gehören beispielsweise der Diebstahl geistigen Eigentums, Verstöße gegen Handelsabkommen und diskriminierende digitale Regulierung oder Digitalsteuern. Section 301 wurde insbesondere von der ersten Trump-Administration im Jahr 2018 genutzt, um Zölle auf chinesische Importe zu rechtfertigen – diese Zölle bestehen bis heute. Der USTR hat unmittelbar nach dem SCOTUS-Urteil angekündigt, „beschleunigte“ Section-301-Untersuchungen gegen die meisten großen Handelspartner einzuleiten – mit Fokus auf industrielle Überkapazitäten, Zwangsarbeit, Arzneimittelpreisgestaltung, Diskriminierung amerikanischer Technologieunternehmen und digitale Steuern.

Am 11. März 2026 kündigte Trade Representative Jamieson Greer die formale Einleitung von Section-301-Untersuchungen gegen 16 Volkswirtschaften an.² Der offizielle Untersuchungsgegenstand: strukturelle Überkapazitäten und Überproduktion in Fertigungssektoren. Die betroffenen Länder und Wirtschaftsräume sind: China, die Europäische Union, Singapur, Schweiz, Norwegen, Indonesien, Malaysia, Kambodscha, Thailand, Korea, Vietnam, Taiwan, Bangladesch, Mexiko, Japan und Indien.

Botschafter Greer begründete die Maßnahme mit dem Ziel, kritische Lieferketten zurück in die USA holen zu wollen und gut bezahlte Arbeitsplätze für amerikanische Facharbeiter in der Fertigung und Produktion zu schaffen. Viele US-Handelspartner produzierten in

² <https://ustr.gov/about/policy-offices/press-office/press-releases/2026/march/ustr-initiates-section-301-investigations-relating-structural-excess-capacity-and-production>

zahlreichen Sektoren mehr Güter, als sie im Inland verbrauchen könnten. Diese Überproduktion verdrängt bestehende US-Inlandsproduktion oder verhindert Investitionen und Expansion in der amerikanischen Wirtschaft. In vielen Sektoren hätten die USA erhebliche Kapazitäten verloren oder seien gegenüber ausländischen Wettbewerbern besorgniserregend zurückgefallen.

Dieser Ankündigung folgte ein Anhörungsverfahren, das mehrere Monate dauert.

Vorteile

Section 301 ist rechtlich deutlich robuster als Section 122 oder IEEPA, da es ausdrücklich Zollerhebungen vorsieht und eine bewährte Rechtsgeschichte besitzt. Es gibt keine absolute Obergrenze für den Zollsatz. Wenn Zölle als Durchsetzungsmaßnahme gegen nachweislich unfaire Praktiken dargestellt werden, könnte die Regierung weniger politischen Widerstand erfahren als beim direkten Versuch, das SCOTUS-Urteil zu umgehen. Einmal erlassene Section-301-Zölle sind zudem schwer rückgängig zu machen – die Biden-Administration hatte Trumps China-Zölle trotz breiter Kritik aus der Industrie aufrechterhalten. Einmal eingeführte Zölle schaffen sofort inländische Nutznießer, die politisch gegen ihre Abschaffung aufbegehren. Bürokratische Überprüfungspflichten verzögern Rücknahmen zusätzlich. Regierungen scheuen einseitige Aufhebungen, da dies als Schwäche gilt und die Glaubwürdigkeit künftiger Handels-Instrumente untergräbt und zudem passen Unternehmen ihre Lieferketten an – was Rücknahmen wirtschaftlich schmerzhaft macht.

Nachteile und Risiken

Der größte Nachteil liegt im Zeitbedarf: Formale Untersuchungen dauern in der Regel Monate bis über ein Jahr. Die Zölle sind länderspezifisch und einzelfallbezogen – ein globaler Einheitszoll wie unter IEEPA ist somit nicht umsetzbar. Das Risiko von Vergeltungsmaßnahmen, insbesondere durch China, ist erheblich. Rückerstattungen waren bei Section-301-Zöllen historisch selten, weshalb entstandene Zoll-Schäden nicht nachträglich korrigiert werden könnten.

Section-301-Zölle sind wahrscheinlich die am häufigsten genutzte Alternative zu den IEEPA-Zöllen, jedoch macht ihr situativer Charakter sie allein unzureichend, um das Zollniveau von vor dem Urteil des SCOTUS wiederherzustellen.

Section 232 des Trade Expansion Act von 1962

Rechtliche Grundlage und Anwendung

Section 232 ermächtigt den Präsidenten, Zölle oder Quoten auf Importe zu verhängen, die die nationale Sicherheit gefährden, nach einer Untersuchung des Department of Commerce. Da das Gesetz „nationale Sicherheit“ nicht definiert, räumt es der Exekutive erheblichen Beurteilungsspielraum ein. Importe, die als Bedrohung eingestuft werden, haben typischerweise negative Auswirkungen auf inländische Produktionskapazitäten, die für Verteidigung, Human Resources und wirtschaftliches Wachstum erforderlich sind. Die Trump Regierung hat Section 232 bereits umfangreich genutzt: Stahl und Aluminium (50 Prozent), Automobile und schwere LKW (25 Prozent). Laufende Untersuchungen betreffen Halbleiter, Pharmazeutika, Drohnen, Kupfer und Holz.

Vorteile

Section 232 ist rechtlich ebenfalls gut etabliert: Das Gericht hat bereits 1976 (Federal Energy Administration v. Algonquin SNG, Inc.) bestätigt, dass diese Befugnis auch die Erhebung von Zöllen umfasst. Es gibt keine explizite Obergrenze für den Zollsatz. Section 232 lässt sich in strategischen Sektoren leicht rechtfertigen und ist sowohl schnell als auch flexibel in der Anwendung. Eine nachträgliche Kontrolle durch den Kongress über Ablehnungsresolutionen ist historisch kaum genutzt worden.

Nachteile und Risiken

Section 232 ist ein rein sektorales Instrument – universelle Zölle wie unter IEEPA sind darüber ebenfalls nicht möglich. Section-232-Zölle sind politisch umstritten, da nationale Sicherheitsbedenken für die breite Öffentlichkeit schwer vermittelbar sind. Sie belasten häufig bestehende Handelspartner: Als die USA Section 232 nutzten, um Zölle auf Halbleiter zu verhängen, belastete dies die Beziehungen zu Taiwan erheblich. Europäische Verbündete sehen es als inakzeptabel an, wenn ihre Exporte als „nationale Sicherheitsbedrohung“ klassifiziert werden. Je nach Begründung des Commerce Department besteht zudem das Risiko gerichtlicher Anfechtung, insbesondere, wenn Ergebnisse als vorweggenommen erscheinen – ein Vorwurf, den Bessents Aussagen über „nahezu unveränderte Einnahmen“ bereits nahezulegen scheinen.

Section 201 des Trade Act von 1974 – Schutzklausel

Rechtliche Grundlage und Anwendung

Section 201 erlaubt vorübergehende, sogenannte „Safeguard“-Zölle auf bestimmte Importe, wenn die US International Trade Commission (USITC) feststellt, dass ein Importanstieg erheblich zur schweren Schädigung einer inländischen Industrie beigetragen hat. Dies unterscheidet sich von Sections 301 und 232, da Importe weder unfair gehandelt werden noch eine nationale Sicherheitsbedrohung darstellen müssen. Diese Bestimmung ist ein WTO-anerkannter Schutzmechanismus, verankert in Artikel XIX des GATT und im WTO-Safeguards-Abkommen. Die erste Trump-Administration nutzte Section 201 für Zölle auf Solarzellen und Waschmaschinen.

Vorteile

Section-201-Zölle würden wahrscheinlich der geringsten politischen Kritik unter den drei untersuchten Alternativen unterliegen. Die WTO-Konformität verleiht ihnen internationale Legitimität, und die USITC-Schadensfeststellung schafft eine belastbare Rechtsgrundlage. Die zeitliche Begrenzung und schrittweise Abschmelzung geben betroffenen Industrien die Möglichkeit zur Anpassung, ohne permanente Marktverzerrungen zu erzeugen.

Nachteile und Risiken

Section 201 eignet sich nicht als schneller globaler Ersatz für die IEEPA-Zölle. Die Anforderung einer Schadensfeststellung und die zusätzliche WTO-Kontrolle machen diese Zölle hochgradig situativ und in großem Umfang kaum rechtfertigbar. Zudem legen WTO-Regeln fest, dass Exportländer Vergeltungsmaßnahmen ergreifen dürfen – womit die negativen wirtschaftlichen Auswirkungen der Zölle verstärkt werden könnten.

Section 338 des Tariff Act von 1930

Section 338 ermächtigt die Exekutive, Zölle von bis zu 50 Prozent auf Länder zu erheben, die US-Handelspraktiken diskriminieren. Das Instrument wurde bisher noch nie zur Verhängung von Zöllen genutzt und gilt als verfassungsrechtlich vollständig ungetestet. Die Regierung hat Section 338 als mögliche Option erwähnt; der fehlende Präzedenzfall macht es interessant – weil flexibel – aber auch riskant, da mit sofortigen Klagen zu rechnen ist und eine weitere gerichtliche Niederlage nicht nur die Optionen für die Trump Regierung einschränkt, aber auch als Instrument der demokratischen Opposition für den aufkommenden Wahlkampf genutzt werden kann.

Die Frage der Rückerstattungen: Aktuelle Rechtslage (Stand 5. März 2026)

Ausgangslage und Größenordnung

Eine der politisch und wirtschaftlich heikelsten, aber zugleich bedeutendsten Fragen nach dem SCOTUS-Urteil betrifft Rückerstattungen für bereits gezahlte IEEPA-Zölle. Die geleisteten Zahlungen sind historisch beispiellos: Die Regierung hat bis zum 20. Februar 2026 schätzungsweise 160 bis 175 Milliarden Dollar an IEEPA-Zöllen eingenommen. Das

SCOTUS-Urteil selbst ließ die Rückerstattungsfrage bewusst offen und verwies sie an das US Court of International Trade (CIT) zurück. Bereits am 8. Januar 2026 -- also noch vor dem SCOTUS-Urteil -- hatte die Regierung in einer Prozessvereinbarung (Stipulation) beim CIT zugesichert, IEEPA-Zölle für alle laufenden und künftigen ähnlich gelagerten Kläger zurückzuerstatten, einschließlich Zöllen auf Länder wie Brasilien und Indien, die nicht direkt Gegenstand des Supreme-Court-Verfahrens waren. Diese Zusage war prozessstrategisch bedeutsam: Die Trump-Regierung hatte sie genutzt, um die Aussetzung der erstinstanzlichen Verfügung zu erwirken und die Erhebung und Eintreibung der Zölle während des Rechtsmittelverfahrens fortzusetzen zu können.

Federal Circuit verwehrt Aufschub (2. März 2026)

Am 2. März 2026 erzielte die Seite der betroffenen Import-Unternehmen einen wichtigen prozessualen Etappensieg: Der US Court of Appeals for the Federal Circuit ordnete die Zurückverweisung des Falles *V.O.S. Selections, Inc. v. Trump* an das CIT an, damit das Rückerstattungsverfahren in der Sache ohne weitere Verzögerung beginnen kann. Die Weigerung des Federal Circuit, der Regierung Aufschub zu gewähren, signalisiert deutliche Ungeduld der Justiz gegenüber einer Verzögerungsstrategie der Trump Regierung. Gleichzeitig liquidiert CBP über das Automated Commercial Environment (ACE) weiterhin bereits eingereichte Zolleingaben mit veranlagten IEEPA-Zöllen - auch nach dem SCOTUS-Urteil - was für Unternehmen erhebliche Komplikationen bei Liquidierungsstatus und Protestfristen schafft.

CIT-Urteil *Atmus Filtration v. United States* (4. März 2026)

Die bislang weitreichendste Entwicklung ereignete sich am 4. März 2026: Richter Richard Eaton am US Court of International Trade erließ im Fall *Atmus Filtration, Inc. v. United States* eine Anordnung, die CBP direkt anweist, alle IEEPA-Zölle zurückzuerstatten. Das Urteil hat drei herausragende Merkmale. Erstens ist die Anordnung universell: Sie gilt nicht nur für den Kläger, einen Filterhersteller aus Nashville, Tennessee, sondern ausdrücklich für alle Unternehmen, die IEEPA-Zöllen unterlagen, unabhängig davon, ob sie selbst Klage erhoben haben oder nicht. Eaton begründete dies damit, dass alle Unternehmen Anspruch auf die Vorteile der Learning-Resources-Entscheidung hätten, und verwies auf die exklusive bundesweite Sachkompetenz des CIT über alle zollbezogenen Streitigkeiten. Zweitens wird die US-Zollbehörde (CBP) angewiesen, alle noch offenen Zollanmeldungen abzuschließen – und zwar ohne die IEEPA-Sonderzölle einzuberechnen. Bereits abgeschlossene Fälle, die noch anfechtbar sind, sollen entsprechend korrigiert werden. Drittens hat der Vorsitzende Richter des CIT Mark Barnett verfügt, dass Richter Eaton als einziger Richter sämtliche IEEPA-Rückerstattungsfälle behandeln wird, was eine koordinierte und einheitliche Abwicklung des historisch beispiellosen Verfahrens sicherstellen soll.

Reaktion der Regierung und Rechtsunsicherheiten

Die Trump-Administration hat angekündigt, das CIT-Urteil rasch anzufechten und eine Aussetzung zu beantragen. Die Regierung hat 60 Tage Zeit, beim Federal Circuit Berufung einzulegen. In ihrer Stellungnahme im *Atmus-Filtration-Verfahren* bat CBP bereits um mehr Zeit, um zu prüfen, ob andere Zollverbindlichkeiten, etwa Antidumping, Section 301 oder Section 232, bei der Rückerstattung zu beachten sind. Das schafft neue Unsicherheit für Unternehmen. Obwohl die Regierung erklärtermaßen Rückerstattungen vermeiden will, kann sie nicht einfach von ihren früheren Zusagen im Prozess abrücken (Estoppel-Grundsatz). Offen sind aber viele Details: Was gilt als "endgültig abgeschlossene" Liquidierung? Wie geht CBP mit den Millionen betroffener Einträge operativ um?

Section 122 ebenfalls vor Gericht: 24 Bundesstaaten klagen (5. März 2026)

Parallel dazu haben am 5. März 2026 bereits 24 US-Bundesstaaten beim CIT Klage gegen die neuen Section-122-Zölle eingereicht. New Yorks Generalstaatsanwalt verwies darauf, dass

die USA aktuell keine ernsthaften Zahlungsbilanzprobleme aufweisen - die gesetzliche Voraussetzung für Section-122-Zölle.

Jeder Monat Verzögerung kostet den Steuerzahler nach Experteneinschätzung rund 700 Millionen Dollar an Zinsen – berechnet auf die bereits gezahlten Zölle, die bei einer Rückerstattung verzinst werden müssen. Führende Konzerne wie Bausch & Lomb, Dyson, FedEx und L'Oreal haben Klagen auf Rückerstattung eingereicht; über 2.000 Unternehmen haben Fälle beim CIT anhängig. Investmentbanken und Prozessfinanzierer kaufen Rückerstattungsansprüche von Unternehmen mit Abschlägen von 20 bis 30 Prozent: ein klarer Marktindikator dafür, dass Rückerstattungen erwartet werden, der Zeitplan aber ungewiss bleibt. Das CIT hat seine Einreichungsformulare bereits angepasst, um Drittfinanzierungsvereinbarungen offenzulegen. Politisch haben demokratische Politiker das Thema als Mobilisierungsinstrument aufgegriffen: Sherrod Brown forderte 1.336 Dollar Rückerstattung pro Ohio-Haushalt, Gavin Newsom bezeichnete es als zentrales Wahlkampfthema. Aus volkswirtschaftlicher Sicht würde eine zügige vollständige Rückerstattung einen fiskalischen Impuls liefern, der laut Yale Budget Lab die negativen Wachstumseffekte der verbleibenden Zölle für 2026 weitgehend ausgleichen würde.

Gesamtbewertung der Alternativen

Obwohl jedes dieser Gesetzgrundlagen potenzielle Instrumente bietet, wird selbst eine Kombination aller Alternativen wahrscheinlich nicht ausreichen, um das Zollniveau auf den Stand vor der Entscheidung zurückzuführen. Section 122 ist zeitlich begrenzt und gedeckelt; Sections 301 und 232 sind sektoral und verfahrensgebunden; Section 201 ist strukturell zu eingeschränkt für eine breite Anwendung. Darüber hinaus bringt jedes Instrument eigene rechtliche, politische und diplomatische Risiken mit sich. Eine sorgfältige Begründung ist jeweils erforderlich, um gerichtliche, öffentliche und internationale Kritik zu vermeiden.

Wirtschaftlicher Kontext und Ausblick auf die Midterm-Wahlen 2026

Wirtschaftliche Auswirkungen der Zölle

Die wirtschaftlichen Auswirkungen von Importbeschränkungen wurden bereits lange vor dem SCOTUS-Urteil identifiziert, und jeder Versuch, zu einem Zollumfeld wie vor der Entscheidung zurückzukehren, würde die bisherigen Trends fortsetzen. Am offensichtlichsten ist der starke Einfluss von Zöllen auf die Verbraucherpreise. Laut einer Harvard-Studie stiegen die Preise importierter Güter im Jahr 2025 um etwa 5 Prozent, verglichen mit einem Anstieg von 2,5 Prozent bei inländischen Gütern.

Dieser Befund spiegelt sich in den Inflationsdaten wider: Die Studie zeigt, dass von den 2,6 Prozent CPI-Inflation (Consumer Price Index – Verbraucherpreisindex) zwischen Januar 2025 und Januar 2026 rund 0,7 Prozentpunkte direkt auf die Zölle von 2025 zurückzuführen sind. Ohne Zölle hätte die Inflation erstmals seit Februar 2021 unterhalb des Fed-Ziels von 2 Prozent gelegen. Laut der Federal Reserve Bank of New York trugen US-Unternehmen und Verbraucher dabei fast 90 Prozent der gesamten Zolllast – die Regierung bestreitet diese Analyse. Die Gesamtauswirkungen auf den Arbeitsmarkt waren ebenfalls deutlich spürbar: Im August 2025 wurden nur 22.000 neue Stellen geschaffen; im Juni wurden sogar 13.000 Stellen abgebaut – der erste Jobverlust seit Dezember 2020.

Der verbleibende Zollschaden durch Section-232-Zölle belastet US-Haushalte weiterhin mit durchschnittlich rund 400 Dollar im Jahr 2026. Hinzu käme allerdings ein weiterer positiver wirtschaftlicher Impuls, sollten Rückerstattungen vollständig ausgezahlt werden.

Umfragedaten

Aktuelle Umfragedaten zu der Handelspolitik der Administration macht deutlich, dass die amerikanischen Wähler den Zusammenhang zwischen Zöllen und Preisen verstehen und der Analyse des Präsidenten mehrheitlich nicht folgen. Laut einer aktuellen Ipsos/ABC News/Washington Post-Umfrage vom Februar 2026 lehnen 64 Prozent der Amerikaner Trumps Zollpolitik ab, während nur 34 Prozent sie befürworten. Besonders bemerkenswert ist, dass 75 Prozent der selbst identifizierten Swing-Voter Zölle ablehnen – ein nahezu einmaliger Konsens unter einer Wählergruppe, die normalerweise tief gespalten ist. Eine Studie des Chicago Council of Global Affairs ergab, dass zwischen 2024 und 2025 die Zahl der Befragten, die eine US-Handelspolitik unterstützen, die Freihandel priorisiert, um 15 Prozent gestiegen ist.

Trump's allgemeine Zustimmungswerte sind auf 36–39 Prozent gesunken, gegenüber 47–48 Prozent zu Beginn seiner zweiten Amtszeit. Besonders alarmierend für die Republikanische Partei ist der Einbruch bei den unabhängigen Wählern: Nur noch 25–26 Prozent der Independent-Wähler unterstützen Trump – ein Rekordtief in beiden Amtszeiten, verglichen mit 41–46 Prozent zu Beginn der zweiten Amtszeit. Laut The Economist verzeichneten Inflation und Preise den größten Rückgang der Nettozustimmung aller abgefragten Politikbereiche: Das Nettorating auf Inflation lag bei -34 Punkten, auf Zölle bei -30 Punkten. Eine ABC News/Washington Post-Umfrage zeigt, dass 48 Prozent der Amerikaner die Wirtschaft als schlechter bewerten als zu Beginn von Trumps Amtszeit; nur 29 Prozent sagen, sie sei besser geworden.

Ausblick auf die Midterm-Wahlen 2026

Diese Trends haben erhebliche Auswirkungen auf die bevorstehenden Zwischenwahlen 2026. Alle 435 Sitze im Repräsentantenhaus und 33 Senatssitze stehen zur Wahl. Die Republikaner halten knappe Mehrheiten in beiden Kammern – im Repräsentantenhaus können sie sich den Verlust von nicht mehr als zwei Sitzen leisten. Während die Themen Zoll und Handelspolitik wahrscheinlich keinen erheblichen Einfluss auf die Kernwählerschaft der GOP bzw. MAGA-Bewegung hat, wurde es als eines der wichtigsten Themen für Wechselwähler identifiziert. Genau die Wählergruppe, die die letzten beiden Wahlen entschieden hat.

Eine CNN-Studie von Januar 2026 führt aus, dass der demokratische Vorsprung im Kongresswahlkampf von 5 Punkten insgesamt auf 16 Punkte bei den besonders motivierten Wählern steige, während die Wahlmotivation der Republikaner im Vergleich zu 2024 um 17 Punkte gesunken sei. Eine Brookings-Studie vom Januar 2026 zeigt, dass die Demokraten bei der Frage, welcher Partei man die Wirtschaft besser anvertrauen würde, nun mit 40 zu 35 Prozent führen – eine dramatische Umkehr gegenüber der letzten Präsidentschaftswahl in 2024. Historisch verliert der Präsident bei Midterm-Wahlen fast immer Sitze, insbesondere wenn, wie in diesem Fall, seine Zustimmungswerte deutlich unter 50 Prozent liegt.

Wenn es der Trump-Administration gelingt, die Zölle über die oben beschriebenen exekutiven Instrumente wieder auf das Niveau vor der Supreme Court-Entscheidung anzuheben, riskiert sie einen weiteren Rückgang der Zustimmungswerte des Präsidenten und wahrscheinlich erhebliche Verluste für die Republikanische Partei bei den Zwischenwahlen. Das SCOTUS-Urteil und die daraus resultierende Rückerstattungsfrage haben sich bereits zu einem potenten politischen Mobilisierungsinstrument der Demokraten entwickelt.

Internationale Auswirkungen

Die Europäische Union: Das Turnberry-Abkommen auf dem Spiel

Im August 2025 hatten die USA und die EU im schottischen Turnberry ein Handelsabkommen geschlossen, das die IEEPA-Zölle für 70 Prozent der europäischen Waren auf 15 Prozent begrenzte, im Gegenzug für den zollfreien Zugang amerikanischer Industrie- und Agrarprodukte zum EU-Markt. Dieses Abkommen war unter dem Druck der nun für illegal erklärten IEEPA-Zölle entstanden. Mit dem SCOTUS-Urteil ist seine Grundlage erschüttert. Unmittelbar nach dem Urteil suspendierten die wichtigsten Fraktionen des Europäischen Parlaments die Ratifizierung des Turnberry-Abkommens und forderten „volle Klarheit“ über die nächsten US-Schritte.

Der Vorsitzende des Handelsausschusses des Europäischen Parlaments, Bernd Lange, sprach von „purem Zoll-Chaos“ und erklärte, der neue Section-122-Zoll von 15 Prozent verstoße gegen das Abkommen, da er zusätzlich zum Meistbegünstigungszoll erhoben werde und die vereinbarte Obergrenze damit faktisch übersteige. Die Europäische Kommission betonte: „Ein Deal ist ein Deal“ und verlangte, dass EU-Produkte weiterhin die günstigste Behandlung genießen. EZB-Präsidentin Christine Lagarde warnte, die neuen US-Zollmaßnahmen gefährdeten die ausgehandelten Konditionen und schufen erhebliche Unsicherheit für die EU-Wirtschaft. Das Brüsseler Bruegel-Institut empfahl der EU, die Section-122-Zölle vor der WTO anzufechten und Vergeltungsmaßnahmen auf 93 Milliarden Euro US-Importe vorzubereiten.

Eine Wiedereinführung der IEEPA-Zölle würde darüber hinaus wahrscheinlich Vergeltungsmaßnahmen der EU auslösen und WTO-rechtliche Schritte provozieren. Dies hätte erhebliche Konsequenzen für das wichtigste globale Bündnis und würde zu weiteren Schäden im transatlantischen Handel führen, insbesondere bei der industriellen und technologischen Kooperation.

China: Der strategische Profiteur

Während das SCOTUS-Urteil für viele US-Verbündete neue Unsicherheit schuf, stärkt es Chinas Position erheblich. Die IEEPA-Zölle auf China – also Sonderzölle, die offiziell mit der Fentanyl-Krise in den USA begründet wurden (zuletzt 20 Prozent), plus bis zu 125 Prozent sogenannte Gegenzölle – sind formal nichtig. Der neue Section-122-Zoll bedeutet eine netto Senkung der US-Zollrate auf chinesische Importe um rund 5 Prozentpunkte. Da ein Großteil der bestehenden China-Zölle ohnehin bereits unter Section 301 fiel, ist Chinas relative Position deutlich gestärkt.

Vor dem geplanten Trump-Xi-Gipfel in Peking kann China nun auf Entfernung der verbleibenden Sonderzölle drängen, auf Lockerung der Technologie-Exportkontrollen bestehen und weitere Zugeständnisse fordern. Chinas Handelsministerium erklärte nach dem Urteil, die Auswirkungen zu prüfen, und forderte die USA auf, einseitige Zölle auf alle Handelspartner aufzuheben. Peking hat Trumps Zollpolitik stets mit erhöhten Exportzahlen pariert: Chinas Exporte stiegen im Dezember 2025 um 6,6 Prozent und der Handelsüberschuss erreichte ein Rekordniveau.

In direkten bilateralen Beziehungen würde China mit Sicherheit Vergeltungsmaßnahmen ergreifen, falls die IEEPA-Zölle wieder eingeführt würden. Aufgrund des enormen Umfangs des bilateralen Handels würden solche Zölle zu einer Neuordnung globaler Lieferketten führen, die zwangsläufig Auswirkungen auf die Weltmarktpreise hätte. Im strategischen Wettbewerb könnten andere Länder, die von höheren US-Zöllen betroffen sind, versucht sein, stärkere wirtschaftliche Beziehungen zu China aufzubauen – und China damit ein größeres internationales Netzwerk zu verschaffen.

Quellen und weiterführende Literatur

Learning Resources, Inc. v. Trump, 607 U.S. ___ (2026); V.O.S. Selections v. United States, 607 U.S. ___ (2026). Supreme Court of the United States, entschieden am 20. Februar 2026.

https://www.supremecourt.gov/opinions/25pdf/24-1287_new_3135.pdf

Yale Budget Lab: „State of U.S. Tariffs: February 20, 2026." Yale University.

<https://budgetlab.yale.edu/research/state-us-tariffs-february-20-2026>

Cavallo, Alberto (Harvard University): Studie zu Preisauswirkungen der US-Zölle 2025.

Veröffentlicht 2025/2026.

https://www.pricinglab.org/files/TrackingTariffs_Cavallo_Llamas_Vazquez.pdf

Tax Foundation: „Supreme Court Trump Tariffs Ruling: Analysis." Washington D.C., 20.

Februar 2026. <https://taxfoundation.org/blog/supreme-court-trump-tariffs-ruling/>

Council on Foreign Relations (Inu Manak): „How Trump's Tariffs Could Survive the Supreme

Court Ruling." 20. Februar 2026. <https://www.cfr.org/articles/how-trumps-tariffs-could-survive-the-supreme-court-ruling>

WilmerHale: „Supreme Court Strikes Down IEEPA Tariffs—What Now?" 20. Februar 2026.

<https://www.wilmerhale.com/en/insights/client-alerts/20260220>

Holland & Knight: „Supreme Court Strikes Down IEEPA Tariffs: What Importers Need to Know

Now." 20. Februar 2026. <https://www.hklaw.com/en/insights/publications/2026/02>

Ropes & Gray: „Supreme Court Strikes Down IEEPA Tariffs—Key Takeaways." 20. Februar

2026. <https://www.ropesgray.com/en/insights/alerts/2026/02>

Bruegel Policy Brief: „An EU Strategy in the Wake of the US Supreme Court Tariffs Ruling."

Brüssel, 22. Februar 2026. <https://www.bruegel.org/first-glance/eu-strategy-wake-united-states-supreme-court-tariffs-ruling>

Ipsos/ABC News/Washington Post Poll: „Majority Disapprove of Trump's Handling of Tariffs."

Februar 2026. <https://www.ipsos.com/en-us/ABC-News-Washington-Post-Ipsos-Poll-February-2026>

Brookings Institution (William A. Galston): „The Economy Weakened Support for President

Trump in 2025 and May Do So Again in 2026." 16. Januar 2026.

<https://www.brookings.edu/articles/the-economy-weakened-support-for-president-trump-in-2025>

Chicago Council on Global Affairs: Studie zur öffentlichen Meinung über Handelspolitik,

2025. <https://globalaffairs.org/research/public-opinion-survey/americans-support-free-trade-agreements-deeply-divided-tariffs>

Al Jazeera: „World Reacts as US Top Court Limits Trump's Tariff Powers." 21. Februar 2026.

<https://www.aljazeera.com/news/2026/2/21/trump-tariff-reactions>

CNBC: „Supreme Court Ruling Throws Trump Administration's Tariff Strategy into Flux." 23.

Februar 2026. <https://www.cNBC.com/2026/02/23>

TIME Magazine: „What's Next for Trump's Tariffs After SCOTUS Ruling." 23. Februar 2026.

<https://time.com/7380732>

Federal Energy Administration v. Algonquin SNG, Inc., 426 U.S. 548 (1976).

<https://supreme.justia.com/cases/federal/us/426/548/>

Office of the US Trade Representative: "USTR Initiates Section 301 Investigations Relating to Structural Excess Capacity and Production in Manufacturing Sectors".

<https://ustr.gov/about/policy-offices/press-office/press-releases/2026/march/ustr-initiates-section-301-investigations-relating-structural-excess-capacity-and-production>

Der Autor

Andreas Hellmann ist Direktor für internationale Steuer- und Regulierungspolitik bei der Tholos Foundation, der Schwesterorganisation von dem U.S. Thinktank Americans for Tax Reform, und spezialisiert auf transatlantische Regulierungs- und Handelspolitik. Seine Arbeit konzentriert sich auf die strategischen Auswirkungen von Steuern, Industriepolitik und internationalen Handelskonflikten auf Unternehmen in Europa und den Vereinigten Staaten, sowie auf das transatlantische Bündnis insgesamt. Hellmann berät Entscheidungsträger zu geopolitischen Risiken, US-Handelspolitik und den regulatorischen Entwicklungen in der EU.

Mit seinem Schwerpunkt auf Technologiepolitik, Marktöffnung und Wettbewerbsfähigkeit analysiert er regelmäßig die Wechselwirkungen zwischen Politik, Wirtschaft und Regulierung. Hellmann äußert sich regelmäßig bei öffentlichen Konsultationen der US-amerikanischen und europäischen Behörden, einschließlich der europäischen Kommission und des europäischen Parlamentes. Er publiziert und spricht auf internationalen Konferenzen regelmäßig zu Fragen der globalen Wettbewerbsfähigkeit, der Rolle der USA in der Weltwirtschaft und den Folgen europäischer Regulierungsansätze.

Hellmann setzt sich seit Jahren aktiv für die Stärkung des transatlantischen Bündnisses ein. Er fördert gezielt die Vernetzung von politischen Entscheidungsträgern aus den USA und Europa und unterstützt Formate, die den direkten Austausch über Sicherheit, Handel und technologische Wettbewerbsfähigkeit ermöglichen. Dialog, Vertrauen und ein klares Verständnis der unterschiedlichen politischen Realitäten sind die Grundlage für eine robuste transatlantische Partnerschaft.

Disclaimer

All rights reserved. No part of this publication may be reprinted or reproduced or utilized in any form or by any electronic, mechanical or other means, now known or hereafter invented, including photocopying or recording, or in any information storage or retrieval system, without permission from the publisher.

The views, conclusions and recommendations expressed in this report are solely those of its author(s) and do not reflect the views of the Konrad-Adenauer-Stiftung, or its employees. This publication of the Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. is solely intended for information purposes. It may not be used by political parties or by election campaigners or supporters for the purpose of election advertising. This applies to federal, state and local elections as well as elections to the European Parliament.

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Konrad-Adenauer-Stiftung USA
1233 20th Street, NW, #610

Washington, DC 20036
USA

www.kas.de/usa



The text of this publication is published under a Creative Commons license: "Creative Commons Attribution- Share Alike 4.0 international" (CC BY-SA 4.0), <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode>